

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Überwiegend eingetragene Kommunisten über- nimmt die Redaktion sein Verantwortung.

Verleger: Carl Hebebrand, Berlin, W. 1. Druck und Verlag von Rudolf Müller & Co.

Die Gefahr eines tschechischen Angriffs.

Truppenansammlungen bei Prag.

Unternehmungen gegen Glog und Waldenburg? — Der polnische Keil gegen Berlin. — Die russischen Vorkämpfer im Anmarsch.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters)

Prag, 20. Februar.
 Über die militärische Lage an der Ostfront erfährt ich von zukünftiger militärischer Seite: Die deutsch-polnische Front ist durch die Festlegung der Demarkationslinie vorläufig in Ruhe gekommen. Die beiderseitigen Angriffs- handlungen nach dem Abschluss des neuen Waffenstillstandsvertrags sind darauf zurückzuführen, daß die tschechischen Besätze die beider- seitigen Truppen nicht rechtzeitig evakuieren konnten. Letztere Orangs- schütztruppen haben den Befehl erhalten, die deutschen Truppen vorläufig dort stehen zu lassen, wo sie bei Abschluss des Vertrages standen. Der genaue Verlauf der Demarkationslinie wird von der internationalen Kommission festgelegt. Dann werden die deutschen Truppen, wo sie noch jenseits der allgemeinen Demarkationslinie stehen, auf die genaue Demarkationslinie zurückgenommen werden. Es ist zu wünschen, daß auch die Polen sich dann an diese Demarkationslinie halten und daß etwa vorhandene Konflikte in der Zukunft zwischen der tschechischen Regierung und der polnischen Zentral- stelle diese letztere nicht veranlassen, sich über das Abkommen hinwegzusetzen. Die Polen müßten dann vor allem die Truppen vor Bromberg und Kofel und diejenigen westlich der Linie Warschau — Białystok zurückziehen. Sollten die Polen sich an die von der internationalen Kommission festgelegte Demarkations- linie nicht halten, so wären die deutschen Truppen berechtigt, die Polen — sei es durch Verhandlungen, sei es durch Waffen- gewalt — zu veranlassen, die Demarkationslinie zu beachten. Durch Festlegung einer Demarkationslinie ansehbarer ergibt pol- nische Erfolg kann zur Folge haben, daß

sich an Kohlengruben nehmen, zunächst wenigstens abgehandelt, doch aber nicht die Gefahr, daß die tschechische Front sich nach Ober- schlesien ausbreitet. Diese Gefahr wird noch dadurch vergrößert, daß bei einem etwaigen tschechischen Einmarsch in Schlesien mit der Mög- lichkeit zu rechnen ist, daß dann auch die Polen sich nicht mehr zurück- halten lassen und aus Konkurrenzgründen vielleicht nicht mehr die Demarkationslinie beachten.

Es könnten auch die tschechischen Besätze auf der polnischen Front wieder in Angriff kommen. Schon allein aus dem Befehlen dieser Besätze geht hervor, daß die Demarkationslinie auch nach der ge- nannten Festlegung durch die internationale Kommission dauernd von tschechischen Truppen besetzt bleiben muß. Im tschechischen West befinden sich keinerlei besetzte Stellungen, sondern nur disziplinierte Truppenkörper, die zuletzt gegen die Litauer und vorher gegen die Italiener tätig waren. Wie haben es hier mit einem Durchbruch der alten österreichischen Grenze zu tun, der in Besetzung, Ausweitung, Verpflegung, Munition und Führung in relativ guter Ver- fassung ist.

Was den tschechischen Frontabschnitt gegen die Russen betrifft, so besteht dort allerdings die Gefahr eines tschechischen An- griffs im Frühjahr. Auf diesen Zeit der Front ist der Hauptstoß der Sowjettruppen richten wird, kann natür- lich nicht prognostiziert werden. Inzwischen ist außer dem Angriff auf die Ost- und Südgruppen und Westgruppen auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Sowjettruppen sich gegen Polen wenden. Nach den vorliegenden Meldungen, ins- besondere nach die Truppenzahl und die Panzerausstattung der Soldatenmassen betrifft, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß das polnische West von den Sowjettruppen überzogen werden könnte. Dann könnten sich die Sowjettruppen gegen Warschau und von dort nach der Provinz Polen wenden und den tief in deut- schen Reichsgebiet stehenden polnischen Keil zu einem russi- schen Keil machen. Dann wäre den Sowjettruppen geblieben, was den letzten des Russen nicht gelingen ist: sie würden vor den Toren von Berlin stehen.

sch. Randberg (Wartburg), 20. Februar.

Die Reichswehrmacht im Bezirk Bromberg ist durch die Polen stark gefährdet, die die Schiffe anfallen und berauben. Der Regierungspräsident von Brandeburg hat deshalb die Spernung des Schiffsverkehrs und Güterverkehrs auf der Elbe und der Warthe in gefährdeten Gebieten angeordnet.

Der politische Machtkampf im Ruhrgebiet.

Von Bruno Stümke.

Der Ruhr besteht kein Zweifel, daß die Ursachen im Ruhr- gebiet einen rein politischen Charakter haben, daß sie — vor einiger Zeit — zwar als eine wirtschaftliche Bewegung be- gonnen, jetzt aber absolut in das Politische geleitet worden sind. Und zwar bemerkt geleitet von den Führern der Kommunisti- schen Partei Deutschlands. Wenn auch an einigen Stellen, wie z. B. in Gelsenkirchen, wo es sich zum Beispiel, geistig eine Einigung aufzuheben kam, so kann man doch nicht sagen, daß die Ursachen bereits im Ablauf begriffen sind. Die Kämpfe dauern in anderen Gegenden fort und haben sogar eine recht beständige Ausdehnung angenommen. In Dortmund haben die Regierungs- truppen eine Niederlage davongetragen, indem es den Spartaki- sten gelungen ist, den Bahnhof und das Eisenbahnbetriebs- gebäude zu besetzen. Bis zur Stunde ist ebenfalls der Kampf im Ruhrgebiet noch nicht ausgeklümpelt. Die Regierung will es, wie in den Seeläusen, auf eine Machtprobe ankommen lassen und Truppen entsenden. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß es gelingen wird, die Aufstandsbewegung niederzuschlagen. Denn die Regierung hat sich bis jetzt noch immer, wenn es auf die Entscheidung anging, als die überlegene Partei erwiesen. Daß ihre Macht durch die Nationalversammlung und eine nicht einheitliche moralische Stärkung erfahren hat, werden ihr auch ihre Gegner nicht bestreiten können. Je fester sie sich aber in den Sattel legt, um das jetzt so ungehörige Staatsbild zu zeichnen, um so mehr suchen die Arbeiter und Arbeiter- partei zu machen.

Reichswehrminister Noske hat in seiner großen und sehr wirkungsvollen Ansprache gegen Spartakus, die zugleich eine Verteidigungsrede war, gesagt, daß er fest annehmen würde, wenn Leben und Eigentum des Bürgers bedroht sind, und daß er sich an sein Schwert setzen würde, das ihn als „Mittelschicht“ zu brandmarken sucht. Da die Zahl der Unversöhnlichen noch immer recht groß ist, und die Zahl der Wankmüher, die an eine Umwandlung eines Jahrhunderts alten Wirtschaftssystems in wenigen Wochen glauben, sogar noch größer, so wird es wohl nicht verwunderlich sein, daß die Methode der politischen Ause- anderlegung bleiben müssen, die solange noch die einzig mög- liche ist, solange die Menschen nicht durch Demagogikgründe allein in ihrem Handeln beirrt werden. Es scheint aber, soweit man aus den Meldungen schließen kann, sehr unglücklich, daß ein großer Teil der Bergarbeiter, die sogar der größte Teil von diesen Unversöhnlichen nicht weichen will. Nur der Terror- methoden genügt sie zur Arbeitslosigkeit. Dieser einschneidende Teil der Arbeiterkraft weiß, welchen schweren Gefahren wir ausgesetzt sind, wenn die Arbeiter noch lange andauern. Ihr Verlangen nach Hilfe durch die Regierung ist ein Beweis geheimer politischen und wirtschaftlichen Sinnes. Man kann die Gegen- wart der Arbeiterkraft in die besten Gruppen für und gegen Arbeiter, als ein gutes Zeichen nehmen, als ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter nicht nur ein Werkzeug sind, sondern auch ein lebendige Kräfte finden wird. Es kann aber auch leicht dahin kommen, daß die besser organisierte Macht der Ter- roristen, die wie aus den Nachrichten hervorgeht, nicht nur über eine recht ansehnliche Schatzkammer militärischer Kämpfer, sondern auch über viel brauchbares Kriegsmaterial verfügt, die ruhigen Elemente unterdrückt und so im Ruhrgebiet das falsche Bild einer rein paradiesischen Arbeiterkraft entwirft. Es hingegen die Dinge nicht. Wenn sich die gemäßigteren Elemente der Arbeit zeigen, so sicher nicht aus Überzeugung, sondern aus dem Bedürfnis nach Ruhe und aus Abneigung gegen den Bürgerkrieg. Vielleicht hoffen sie auch auf die all- mählich dämmende Einsicht der Radikalen.

Man wird es begreifen können, daß die Regierung nur ängstlich zur Anwendung der äußersten Mittel schreitet, daß sie alles versucht, um zu einer friedlichen Schlichtung des Streites zu kommen. Sie hat deshalb auch die Bildung einer Kom- mission, bestehend aus neun Mann, gutgeheißen, mit der sie verhandeln will. Da die Arbeiter von vornherein eine Sozial- führung der Bergwerke gefordert haben, so ist die Bereitwillig- keit der Regierung, mit dieser Kommission zu verhandeln, von den Bergarbeitern dahin ausgelegt worden, daß auch die Regierung mit einer sofortigen Sozialisierung einverstanden ist. Diese Auffassung ist, wie wir schon, falsch. Die Regierung hat dieser Kommission erklärt, daß diese nur solange Vorkreis- richtung befehle, bis die Bergarbeiter und Arbeiterkammern gewählt sind, was in etwa vier Wochen geschehen werde. Bis dahin dürfen keine Sozialisierungsbestimmungen unternommen werden. Diese abnehmende Haltung der Regierung, den Forderungen der Bergarbeiter gegenüber ist gewissermaßen beständig unter den gegenwärtigen verworrenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie ist aber auch gerechtfertigt im Interesse der Arbeiterkraft selbst. Die bei einer so überhasteten Durchführung der Sozialisierung nur Schäden hätte. Wenn oben gesagt worden ist, daß sich ein Jahrhundert altes Wirtschaftssystem nicht in wenigen Wochen auf den Kopf stellen läßt, so soll damit nicht dieses Wirtschaft- system gemeint werden. Die Arbeiterkraft in der neue Zeit mit ihren neuen Formen bedarf der reiflichen Erziehung. Darüber sollte sich auch die Arbeiterkraft endlich im klaren sein. Bei dem politischen Idealismus der Arbeiter, der am liebsten alles von heute auf morgen niederrissen und aufbauen

Zu dem Münchener Handstreich.

Der Kätefonges in Permanenz. — Keine Beweise für die Beteiligung des Prinzen Joachim.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 20. Februar.
 Durch den gestrigen Putz sind den schon gemeldet wurde, ist die Lage nur noch verwirrender geworden, als sie durch die Regierungskreise schon ist. Der Putz ging von einem Aufschub zum Entzug des Handstreichs aus. Wegen seiner Mitbeteiligung in der Handstreichung im Ganzen. Die Regierung erklärt, daß niemand als sie selber, selbst bei dem Schutz des Handstreichs zu über- nehmen. Sie habe getan, was getan werden konnte. Der Handstreich im Deutschen Theater sollte folgen. Er hat sich solange in Perma- nenz erklärt, bis von ihm verlangt eine Anklage über den Reichs- rath in die Verlesung vom Sonntag vorgenommen worden ist. Dieser Handstreich bedeutet mit seiner Verurteilung eine ständige Bedrohung der Arbeit des morgigen zu- kommenernden Anstehens.

Was den Putz angeht, so können die als Beweismittel zur Ermittlung zurückgelassenen Notizen von Herrn Führer, Ketter, nicht brandt worden zu sein. Bei Ketter fand man übrigens nach der Beschlagnahme eine Summe von 9000 Mark. Dieses ist der Führer der in den Vorabend gestürzten Feuer- truppe, ein Feldwebel Krauß. Bei den Notizen verständig. Den beiden wird einvernehmlich mit Zustimmung nachgeholt. Der Verdacht gegen den Prinzen Joachim von Preußen, der mit seiner Frau von Parisien gekommen war, erweist sich in- zwischen als nicht begründet, als wenigstens keine Anklage- punkte für die Beteiligung an dem Putz gefunden wurden. Es fanden sich bei dem Prinzen Aufzeichnungen über die Gründe, warum der Kaiser nach Holland floh. Der Prinz und seine Frau werden, wie ich höre, unter Polizeibewachung über die Grenze nach Preußen gebracht.

Kurze Verlesung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird sich von Freitag auf Dienstag versetzen. Es ist zu erwarten, daß diese Pause von einer größeren Anzahl von Regierungsmitgliedern benutzt wird, um nach Berlin zu kommen.

14. Weimar, 20. Februar.

In Eisenach sind nach den letzten ausgehenden Meldungen die Spartakisten wieder an der Reichs- Grenze bereit wurde bei tschechischen Einheiten der tschechischer Lagerputz durch tschechische Umhänge verbunden und heute ist die telephonische und telegraphische Verbindung mit der Stadt Eisenach seit dem letzten Morgen geplatzt.

Der Anschlag auf Clemenceau.

Die Auslagen Cottins.

(Telegramme)

Paris, 20. Februar. (M. I. B.)
 Der Urheber des Anschlags auf Clemenceau, Cottin, ist 1896 geboren und französischer Nationalität. Er erklärte, er sei aus- gezeichnete Anarchist und habe schon ungelähr sechs Monate daran gedacht, den französischen Ministerpräsidenten zu töten. Da er ihn für den größten Feind der Menschheit hält, hätte er ihn für die zwei letzten einen demobilisierten Soldaten einer Wohnung ab und verbrachte in seinem Zimmer die Wache. Da er beschloß, heute, daß das Gnad Clemenceau besetzt war, entschloß er sich, in einer gewissen Entfernung davon den Anschlag auszuführen. Es gab mehrere Revolvereinfälle auf das Automobil des Ministerpräsidenten ab. Er hatte die Empfindung, daß das vor- letzte Schloß Clemenceau getroffen hätte. Der bei dem Chauffeur stehende Soldat war sofort von Drogen getrieben, hatte sich gegen den Täter gewandt, und zwei oder drei Revolvereinfälle auf ihn ab- gegeben, ohne ihn jedoch zu treffen. Ein Vordergehender hielt hierauf den Führer fest, der von der Menge herumgerannt wurde, bis er den Händen der Polizei übergeben werden konnte. Es wurde auch ein gewisser Drehlich verhaftet, der den Passanten ihre Privatität vornahm. In seinem Verhör gab Drehlich an, er habe im Augenblick, als er gegen das Benehmen der Leute protestierte, nicht gemerkt, daß Clemenceau verletzt worden sei, und er habe Cottin nicht erkannt.

Paris, 20. Februar. (Havas.)
 Gestern Abend um 8 Uhr war der Zustand Clemenceaus unvor- antwort. Seine Temperatur betrug 38,5.

Paris, 20. Februar. (X. I.)
 Über Clemenceaus Zustand wurde folgende Bericht ausgeben: Der Ministerpräsident erhielt einen Schuß durch die rechte Rippenfläche in die Hinterleibswand ohne Ver- letzung der Eingeweide. Sein Zustand ist befrie- digend.

Paris, 19. Februar. (M. I. B.)
 Über den Anschlag auf Clemenceau veröffentlicht haben fol- gende Einzelheiten: Der Anschlag wurde in dem Augenblick ver- übt, als der Wagen des Ministerpräsidenten von der Front- straße und dem Boulevard des Invalides abbiegen wollte. Ein in einer Wohnkammer verweilender Mann hüpfte gegen den Anschlag und gab fünf Revolvereinfälle auf den Ministerpräsi- denten ab, von denen einer Clemenceau traf. Die Menge warf sich auf den Angreifer, und es gelang Polizisten ihn festzunehmen. Später gab der Mann noch mehrere Schüsse ab und ver- wundete einen Soldaten; auch der Chauffeur wurde leicht verletzt. Der Angreifer gab an, er heiße Cottin und wohne in Compiègne. Der Polizeikommissar des Quartiers nahm ein Verhör vor. Clemenceau ist von der Angel in den Oberteil des rechten Schulterblatts getroffen worden. Die Wunde ist ziemlich tief. Das Allgemeinbefinden des Patienten ist gut.